Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jede Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 39 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 15. Februar 1933

Viel Lärm um nichts.

Man müht sich draußen in gewissen Teilen des Auslandes geradezu ab, allerhand finstere Pläne oder bevorstehende „Extratouren“ in die deutsche Außenpolitik hineinzugeheimnissen. Herr Herriot erzählt wilde Räubergeschichten von einem deutsch-italienischen Bündnis — und muß sich sogar vom derzeitigen französischen Botschafter in Rom sagen lassen, daß „dortseits“ nichts davon bekannt sei. Allerdings müssen leider einige Zweifel bestehen, ob man bei der jetzigen französischen Regierung Daladier den entsprechenden deutschen und italienischen Dementis auch wirklich Glauben schenkt, ob vielmehr nicht jene angebliche Verabredung bereits zu einer Art fixen Idee geworden ist. Sonst hätte Herriot diese Mißgeburt wohl kaum in die Welt gesetzt und sonst hätte wohl auch nicht einer der Führer der Herriot-Partei jetzt in der Deputiertenkammer sich nicht so scharf gegen die kleine Verminderung der Heeresausgaben ausgesprochen, die von seinem eigenen Parteifreund Daladier vorgeschlagen wurde. Der Widerspruch erfolgte unter ausdrücklicher Berufung auf die „Situation in Deutschland“. Andere Abgeordnete der Rechten, aber auch der Linken, kamen immer wieder auf diese „Situation“ zu sprechen. Dabei handelte es sich um ganze 84 Millionen Mark, die Daladier an den Militärausgaben zu streichen durchgesetzt hat. Und wenn De Jouvenel aus Rom auch tausendmal die Gerüchte über ein deutsch-italienisches Militärbündnis als vollkommen haltlos bezeichnet und ihre Verbreitung bedauert, — man weiß das eben in Paris alles viel besser! Man weiß dort auch ganz genau, daß Italien an Ungarn — dem Dritten im heimtückischen Bunde — nicht bloß Massen von Waffen, sondern auch schon 32 Flugzeuge verkauft hat. Womit eben die Triple-Entente Rom-Budapest-Berlin „erwiesen“ ist. „Da kannste halt nix machen“, würden unsere bayerischen Landsleute sagen.

Denn der Hinweis darauf, daß der deutsche Außenminister der beiden vorangegangenen Kabinette, v. Neurath, auf persönliche Veranlassung des Reichspräsidenten auch in der neuen Regierung sitzt, die vielberufene „Kontinuität der deutschen Außenpolitik“ mithin auch schon äußerlich gewahrt ist, genügte nicht, den aufkommenden Argwohn gegen irgendwelche wilden Pläne Deutschlands sogleich zu ersticken. Auch die außenpolitisch namentlich in der Abrüstungsfrage durchaus gemäßigten Äußerungen des neuen Reichskanzlers Hitler konnten nicht verhindern, daß man in Frankreich von einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Berlin und Rom zu glauben begann, die vor allem eine deutsche Spitze gegen Jugoslawien, indirekt also gegen Frankreich aufweise. Daß Mussolini gewisse Absichten auf die Ostküste der Adria hat, ist wohl nicht unbekannt, — aber jene Wünsche Mussolinis interessieren uns nicht im mindesten. Daß sich aber hierin die Dinge nicht bloß zwischen Rom und Belgrad, sondern auch zwischen Rom und Paris erheblich zugespitzt haben, läßt sich nicht leugnen und — in diesen Zusammenhang werden die Märchen von dem deutsch-italienischen Militärbündnis hineingestellt, das wenigstens „moralisch“ den Italienern den Rücken stärke. Herriot selbst schreibt aber — und er ist jetzt für Frankreichs Außenpolitik der Mann schon nicht mehr hinter, sondern vor den Kulissen —, daß mit Italien bessere Beziehungen herzustellen einfach nicht mehr möglich sei, und gleichzeitig macht er weitere Andeutungen über das eifrige Bestreben „seiner“ Regierung Daladier, die Beziehungen zu Rußland nach jeder, auch nach der — militärischen Richtung enger zu gestalten. Der russische Botschafter in Paris ist zur Zeit ein „vielbesuchter“ Mann. Und man darf daran erinnern, daß derselbe Herriot es war, der mit Sowjetrußland den Nichtangriffspakt abschloß; jetzt versucht er, für seine Lockungen an Moskau auch die neue deutsche Innenpolitik mit ihrer scharfen Frontstellung gegen den Kommunismus auszuspielen.

Diese Ängste nebst den politischen Gegenmaßnahmen in Paris muten in Deutschland geradezu als phantastisch an. Aber der Franzose sieht sich jetzt der erstaunlichen Tatsache gegenüber, daß trotz der schweren innenpolitischen Zuckungen in Deutschland, trotz der scharfen Gegensätze und noch schärferen Wahlkampfreden das ganze deutsche Volk einig und geschlossen hinter jeder Regierung steht, die die Außenpolitik des vor einem Jahre zweimal gesprochenen „Nein“ — in der Frage der Tributzahlung und in der des Wehrlosbleibens — weiterzutreiben entschlossen ist. Und ebenso steht man in Paris vor der zweiten Tatsache, daß Herr Paul-Boncour in Genf mit seinem ganzen Abrüstungsplan festgefahren ist. Aber er ist dort auch noch mit anderen Dingen festgefahren. Mit dem ganzen deutsch-französischen Verhältnis nämlich, das politisch immer schlechter geworden ist seit jener Weigerung Herriots, mit Berlin direkt über dieses Verhältnis zu verhandeln. Dieses Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ist aber nun einmal der Drehpunkt aller europäischen Politik. Und vorläufig ist gar nicht abzusehen, wie der damals von Herriot begangene Fehler wieder gutgemacht werden soll. Er versucht es nun durch Verstärkung des eisernen Ringes um Deutschland herum: daran freilich, daß diesem Streben auch der ganze Weltabrüstungsgedanke zum Opfer fallen muß, wird man auch in Paris nicht zweifeln.

Erst „Sicherheit“, dann „Abrüstung“

Frankreichs „eindeutige Unnachgiebigkeit“

Der politische Ausschuß der Abrüstungskonferenz trat zum erstenmal seit dem Februar vorigen Jahres zu der von der französischen Regierung geforderten Behandlung der Sicherheitsfragen zusammen.

Zu Beginn der Aussprache gab der italienische Vertreter Marquis Soragna eine kurze Erklärung ab, in der er die bekannte grundsätzliche Haltung der italienischen Regierung uneingeschränkt aufrechterhielt. Er betonte scharf die „eindeutige Unnachgiebigkeit“ in der Haltung Paul-Boncours und verlangte in Übereinstimmung mit der deutschen Abordnung eine sofortige Regelung der qualitativen Materialabrüstung als der entscheidenden Hauptfrage der Konferenz.

Paul-Boncour verlangte, daß der Ausschuß sich zunächst mit dem kontinentalen Pakt gegenseitiger Hilfeleistungen der Staaten befassen müsse, nach dem sich die europäischen Mächte gegenseitige Hilfe im Falle des Angriffes zusichern sollen. Die weitere Behandlung der Sicherheitsfrage hänge von der Entscheidung dieser Frage ab, die maßgebend für die vorgeschlagene Vereinheitlichung der europäischen Armeen sei.

Botschafter Nadolny betonte, daß die Reihenfolge der zur Verhandlung kommenden Fragen gleichgültig sei und verlangte die Aufstellung eines Arbeitsprogramms und den Beginn der sachlichen Verhandlungen. Die deutsche Abordnung hoffe, daß endlich auf dem Abrüstungsgebiet das gleiche Maß praktischer Ergebnisse erzielt würde, wie dies bereits auf dem völkerrechtlichen Sicherheitsgebiet geschehen sei.

Der politische Ausschuß beschloß nach längerer Geschäftsordnungsaussprache auf Grund eines französisch-spanischen Antrages, die sachlichen Verhandlungen mit den beiden Punkten des englischen Arbeitsprogramms am Mittwoch zu beginnen. Diese beiden Punkte sind: 1. Feierliche Erklärung der europäischen Mächte, unter keinen Umständen bei einem künftigen Konflikt Gewalt anzuwenden. 2. Prüfung von politischen Sicherheitsabkommen zwischen den europäischen Staaten.

Danach hat also Frankreich wieder einmal seinen Willen, die Sicherheitsfrage vor der praktischen Abrüstung im politischen Ausschuß zu behandeln, durchgesetzt.

Drei japanische Ultimaten an China.

China lehnt ab.

Die japanische Gesandtschaft in Peking bestätigt, daß drei japanische Ultimaten vorbereitet worden sind, in denen der Rückzug der chinesischen Truppen aus der Provinz Dschehol innerhalb einer bestimmten Frist gefordert wird. Bei Nichterfüllung der Ultimaten würden die mandschurischen und japanischen Truppen mit militärischen Operationen großen Ausmaßes beginnen.

Marschall Tschanghsueliang erklärte, daß von China die japanischen Ultimaten nicht beachtet werden würden. In demselben Sinne äußerte sich der chinesische geschäftsführende Ministerpräsident Sung. Die Ultimaten würden abgelehnt werden. Die chinesische Armee werde bis zum letzten Blutstropfen kämpfen.

*

Der Neunzehnerausschuß warnt Japan.

Der Neunzehnerausschuß hat in seiner Schlußsitzung von der Antwortnote der japanischen Regierung auf die Anfrage wegen der Anerkennung der Oberhoheit Chinas Kenntnis genommen und sogleich der japanischen Regierung seine Stellungnahme hierzu übermittelt. Der Ausschuß war der Ansicht, daß die japanische Note keine Grundlage für eine weitere Vermittlung ist und lehnt es ab, in weitere Erörterung der Einzelheiten der japanischen Note einzutreten. Jedoch wird die japanische Regierung ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß eine neue Verschärfung der Konfliktslage durch weitere militärische Maßnahmen in der Provinz Dschehol zu einem endgültigen Scheitern der Verhandlungen führen müsse.

Der Neunzehnerausschuß beschloß, der Völkerbundsversammlung, die am 21. Februar zusammentritt, die zur Lösung des Fernostkonfliktes vorgesehenen Maßnahmen in folgender Reihenfolge vorzuschlagen:

1. Rückzug der japanischen Truppen aus der Mandschurei bis zu der japanischen Eisenbahnzone;

2. Schaffung der Autonomie in den drei östlichen Provinzen unter der Oberhoheit Chinas; Einrichtung der Verwaltung, Schaffung internationaler Kontrolle und der Gendarmerie, entsprechend den Vorschlägen des Lyttonberichtes.

Der Grundsatz der Oberhoheit Chinas in den drei östlichen Provinzen wird an die Spitze der Empfehlungen des Berichtes gestellt.

Neuer Tumult im Überwachungsausschuß.

Auszug der Linken.

Unter Beteiligung der Vertreter aller Parteien trat der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung unter dem Vorsitz des Abg. Löbe (Soz.) am Dienstag wieder zusammen. Als Löbe die Sitzung für eröffnet erklärte, setzte bei den Nationalsozialisten tosender Lärm ein, der minutenlang andauerte. Löbe gelang es nicht, eine Erklärung vor dem Ausschuß abzugeben.

Der Lärm legte sich erst, als sich Abg. Dr. Frank II erhob, um eine Erklärung abzugeben. Dr. Frank stellte fest, daß der Vorsitzende nicht imstande sei, die Sitzung zu leiten, weil die größte Fraktion des Hauses es nicht dulden werde, daß ein Marxist und Verleumder weiter die Ausschußverhandlungen leite. Da der Vorsitzende somit verhindert sei, den Ausschußvorsitz zu führen, übernehme er als Stellvertretender Vorsitzender die weitere Leitung der Verhandlungen. Dr. Frank II begab sich darauf zu dem Platz Löbes und verdrängte ihn. Die Vertreter der Sozialdemokraten und der Kommunisten verließen den Saal. Dr. Frank eröffnete nunmehr als Stellvertretender Vorsitzender nochmals die Sitzung mit einem

Nachruf für die Opfer der Neunkirchener Katastrophe.

Die Vertreter des deutschen Volkes seien überzeugt, daß die nationale Regierung ihre Pflicht erfüllen werde, um den Unglücklichen zu helfen. Dr. Frank stellte fest, daß der Ausschuß in seiner Mehrheit seine Erklärung billige und erklärte darauf die Sitzung zum Zeichen der Trauer für geschlossen.

Am Ende der Sitzung kam es auch zu einem Zusammenstoß zwischen dem Abgeordneten Morath (DVP.) und den Nationalsozialisten. Der Abgeordnete Morath ging rauchend an die Tür und wurde darauf von den Nationalsozialisten, die ihm vorwarfen, daß er auch bei der Erörterung des Trauerfalles geraucht habe, gestellt und angegriffen. Er erhielt von Abg. Streicher (Nat.-Soz.) einen Faustschlag in den Rücken und verließ unter erregtem Protest den Saal.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, hat beim Reichstagspräsidenten Göring und bei dem Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Reichsinnenminister Dr. Frick, Einspruch erhoben.

Der volksparteiliche Abgeordnete Morath legt Wert auf die Feststellung, daß er nicht etwa mit den Sozialdemokraten und Kommunisten die Sitzung des Überwachungsausschusses verlassen wollte, sondern daß er sich erst zum Ausgang begeben habe, nachdem der Stellvertretende Vorsitzende, Abg. Dr. Frank II, die Sitzung geschlossen hatte.

Die Sozialdemokraten vertreten die Meinung, daß sich die nationalsozialistischen Mitglieder durch ihr Verhalten gegen §§ 105 und 106 des Reichsstrafgesetzbuches vergangen und damit die Verfassung gebrochen hätten.

Die Vorgeschichte.

Schon in der ersten Sitzung des Überwachungsausschusses war es zu fortgesetzten stürmischen Angriffen der nationalsozialistischen Ausschußmitglieder gegen den Vorsitzenden gekommen. Anlaß zu diesem Vorgehen war die Behauptung des nationalsozialistischen Abgeordneten Frank II, Löbe habe im lippeschen Wahlkampf schwer beleidigende Äußerungen gegen Hitler getan. Der Reichstagspräsident hat bekanntlich auf ein Schreiben Löbes, in dem gebeten wurde, für einen reibungslosen Verlauf der Ausschußverhandlungen Sorge zu tragen, geantwortet, daß er sich weitere Maßnahmen vorbehalte und erst einmal Einigungsverhandlungen zwischen den Beteiligten abwarten wolle. Löbe hat in seiner Erwiderung zum Ausdruck gebracht, daß er nur von „Adolf, dem Slowenier“, dagegen nichts von Hitlers blutigen Händen gesprochen habe, wie Abg. Frank II ebenfalls mitgeteilt hatte.

Die Hoffnung des Reichstagspräsidenten Göring auf einen Erfolg der Einigungsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten haben sich bisher nicht erfüllt. Man wird mit Spannung den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit abwarten müssen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF